

Das Wochenmagazin der SPÖ



Aktuell

„Österreich 2020“ -
Gastkommentar von Inflation-CEO
Monika Kircher-Kohl

9. Juli 2010 • Nr. 26 • 0,73 €

Beste Bildung

Für unsere Kinder • Für unsere Zukunft



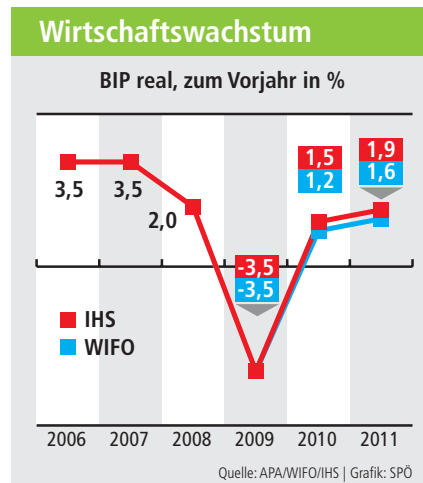
Der Schulschluss bedeutet für Zigtausende von Kindern und Jugendlichen alljährlich den Beginn der schönsten Zeit des Jahres – nämlich der Ferien. Der Schulschluss ist aber auch ein ausgezeichnete Zeitpunkt, um über die Bildungspolitik des letzten Jahres zu resümieren und einen Ausblick zu wagen. Und beides ist durchaus erfreulich. Denn seit dem Amtsantritt von Bildungsministerin Claudia Schmied hat sich der Bildungszug mit der Destination „Schulreform“ in den jahrzehntelang verstaubten Schienen endlich bewegt. Dazu gehört, dass aufgrund der Verringerung der Klassenstärke der Betreuungsschlüssel zwischen Lehrern und Schülern deutlich besser wurde, dass die Neue Mittelschule im Vormarsch ist und die ganztägigen Schulen zur Norm werden, dass Bildungsstandards und eine neue, einheitliche Matura beschlossen wurden.

Zweiter, sehr erfreulicher, Themenschwerpunkt ist die Tatsache, dass erstmals seit Beginn der Krise die Anzahl der Arbeitslosen rückläufig ist.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Schule: Resümee und Ausblick	4
Interview mit Bildungsministerin Claudia Schmied	5
Arbeitsmarkt	6
Interview mit SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits	7
„Österreich 2020“-Kommentar von Inferion-CEO Monika Kircher-Kohl	14



Die Wirtschaft wächst wieder

Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung für die Konjunkturbelebung greifen. Erst vor kurzem wurde die BIP-Prognose für 2011 angehoben. Bundeskanzler Werner Faymann betonte, dass es zur Entwarnung noch keinen Grund gebe, aber dennoch sind die Prognosen Anlass, stolz „auf die Leistungen in unserem Land zu sein“.

Christine Lapp ist neue SPÖ-Klubkassierin

SPÖ-Rechnungshofsprecherin Christine Lapp übernimmt die Funktion der Klubkassierin von Gerhard Steier. Steier wird künftig im Burgenland als Landtagspräsident wirken. Christine Lapp im Anschluss an die offizielle Übergabe: „Es freut mich eine so bedeutende Funktion aus kompetenten Händen übernehmen zu dürfen und ich wünsche Gerhard alles erdenklich Gute und viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe als burgenländischer Landtagspräsident.“



Die Unfallversicherung für Kindergartenkinder bringt mehr Sicherheit für unsere Kleinsten.

Ab Herbst: Unfallversicherung für Kindergartenkinder

Mehr Sicherheit und Schutz für Kindergartenkinder – das bringt ein kürzlich im Gesundheitsausschuss des Nationalrats beschlossener Abänderungsantrag von SPÖ und ÖVP. SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser erklärt dazu: „Fünffährige Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr werden ab Herbst unfallversichert sein. Damit setzen wir einen wichtigen Schritt in Richtung bestmögliche Versorgung von Kindern nach Unfällen“. Die Versicherung gilt auch für Wegunfälle. Ab Herbst sind damit Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr nach Unfällen nicht nur kranken-, sondern auch unfallversichert. „Damit wird ihre bestmögliche Rehabilitation gewährleistet“, so Oberhauser.

Zitat der Woche

„Jeder ist ein Scharlatan, der jetzt schon zu wissen glaubt, wann die Krise vorbei ist.“

Bundeskanzler Werner Faymann will vor Budgeterstellung aktuellste Wirtschaftsprognosen abwarten.

Budget muss fair und gerecht werden

Die Budgetbegleitgesetze mit allen wesentlichen Maßnahmen gehen bereits Ende Oktober in Begutachtung. Für Bundeskanzler Werner Faymann stehen dabei Wachstum und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt.

Im Nationalrat gab Bundeskanzler Werner Faymann seine Erklärung zu den Budgetberatungen für 2011 ab. Bereits Ende Oktober wird die Bundesregierung alle wesentlichen Maßnahmen für das Budget vorstellen und die Budgetbegleitgesetze in Begutachtung schicken. „Uns ist wichtig, dass alle Maßnahmen – ausgaben- und einnahmenseitig – für Stabilität sorgen“, sagte der Kanzler in seiner Rede. Wachstums- und Be-

schäftigungseffekte sowie die soziale Verträglichkeit der Konsolidierungsmaßnahmen werden bei der Budgeterstellung im Zentrum stehen. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer erinnerte an die Empfehlungen namhafter österreichischer Wirtschaftsexperten, die Beschlüsse für die Budgetkonsolidierung so spät wie möglich zu fassen, damit eine bessere Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung möglich ist.



Bundeskanzler Werner Faymann: „Das Budget wird eine faire und gerechte Handschrift tragen.“



Bildung muss ein Feuer entfachen

Die Schule soll für das Leben vorbereiten. Wir wollen eine sozial gerechte Schule, die das Potential unserer Kinder in Österreich ausschöpft und ein Bestehen im internationalen Wettbewerb sichert.

„Wir wollen eine demokratische, angstfreie und sozial gerechte Schule, die unsere Kinder bestmöglich auf die Herausforderungen des Lebens vorbereitet und zu kritisch denkenden Menschen erzieht.“

Das „echte Leben“ – ein Begriff, den man in der Schule oft hört – besteht aus Höhen und Tiefen, Erfolgen und Misserfolgen, aus Menschen mit unterschiedlichen Talenten und Geschwindigkeiten. Unsere Kinder müssen lernen, damit umzugehen, sich Wissen anzueignen, mit unterschiedlichen Menschen zu arbeiten sowie eigene und andere Kompetenzen zu erkennen. Bei der Zeugnisverteilung treten aber die Schwächen unseres „alten“ Schulsystems offen zu Tage. „Nicht genügend“: Für viele junge Menschen bedeutet dieses Urteil im Schulzeugnis, die Sommerferien für harte Lernarbeit investieren zu müssen – damit verbunden: hohe Nachhilfekosten und Frustration. Viele Schülerinnen und Schüler müssen den Sommer nutzen, ihre Schwächen zu kompensieren, anstatt daran arbeiten zu können, die eigenen Stärken und Talente auszubauen. Leider richtet sich unser altes Schulsystem und das darin verankerte Beurteilungsprinzip fast ausschließlich danach, jungen Menschen ihre Schwächen aufzuzeigen – für viele der Grund, mit Schule Qual und Angst, anstatt Neugier und Freude zu verbinden.

Unser Schulsystem ist darauf ausgerichtet, viel Zeit mit Schwächen zu verbringen – Stärken bleiben oft unentdeckt oder verkommen zum Mittelmaß. Kritisches Denken wird nach wie vor ungern gesehen und Demokratie beschränkt sich für Schüler auf theoretischen Lernstoff. Daher braucht es grundlegende strukturelle Änderungen im Schulsystem. Lange Zeit war dieses Thema

vor allem in konservativen Kreisen sprichwörtlich ein rotes Tuch. Aus ideologischen und parteitaktischen Gründen wurde alles unternommen, um grundlegende Reformen für mehr Chancengerechtigkeit und ein modernes Schulwesen zu verhindern.

Daher ist klar: Wir brauchen neben den Bildungszielen, auch Gesellschaftsziele, die ideologisch nicht festgezurr sind. Wenn wir festgelegt haben, was jeder 16-Jährige in Mathe können muss, müssen wir auch festlegen, wie unsere Gesellschaft gestaltet sein soll. Teamwork, Leistungswille, Wissenshunger, kritisches Hinterfragen und mit der Flut an Informationen richtig umzugehen, sind die neuen Fertigkeiten, auf die es ankommt.

Schließlich ist Bildung längst nicht mehr nur eine Frage von Chancengleichheit und mehr Gerechtigkeit, sondern auch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Bildung ist unser einziger und wichtigster Rohstoff. Um jungen Menschen die Chance zu geben, am Arbeitsmarkt bestehen zu können, arbeiten wir hart daran, die notwendigen strukturellen Änderungen dafür zu schaffen. Dafür braucht es auch eine breite gesellschaftliche Unterstützung, die auch dem Koalitionspartner zu etwas mehr Reformwillen bringen könnte.

Die neue Lehrerausbildung ist ein wichtiger Schritt für die innovative Schulpolitik der Bundesregierung. Sie gibt Lehrern das Rüstzeug für die Herausforderungen und richtet sich danach, das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern auf eine kooperativere Basis zu heben, als das bisher der Fall war.

Bildung heißt, ein Feuer zu entfachen, und nicht, einen leeren Eimer zu füllen. Ob-



Fotolia

Die Sozialdemokratie kämpft für eine Schule, die Talente und Fertigkeiten fördert. Immerhin ist die Bildung der wichtigste Rohstoff für die Zukunft unseres Landes.

wohl diese Weisheit Heraklits rund 2.500 Jahre alt ist, besitzt sie doch erstaunliche Aktualität. Diesem Credo folgt auch das Reformwerk in der Bildungspolitik. Wir wollen weg von der „alten“ Schule, in der sich Schüler vor den Lehrern fürchten, der Bildungsweg vom Einkommen der Eltern abhängt, Schüler kein Mitbestimmungsrecht haben und die Eltern viel Geld für Nachhilfe aufbringen müssen. Nachhilfe muss zur Ausnahme werden! Wir wollen eine demokratische, angstfreie und sozial gerechte Schule, die unsere Kinder bestmöglich auf die Herausforderungen des Lebens vorbereitet und zu kritisch denkenden Menschen erzieht. ♦

Während für die Kinder die Ferienzeit beginnt, arbeiten Bildungsministerin Claudia Schmied und ihr Team weiter an der Bildungsreform.



BILDUNG

Unsere Schulen sind auf der Überholspur

Der Schulschluss ist für Bildungsministerin Claudia Schmied eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen, über ein Schuljahr, in dem zum Vorteil der Schülerinnen und Schüler viel weitergegangen ist.

„Die Bildungsstandards werden wesentlich zur Qualitätsentwicklung in der Schule beitragen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Wir wollen österreichweit ein leistungsfähiges Bildungssystem haben. Dafür müssen wir gemeinsam den Mut zur Gleichzeitigkeit in der Bildungspolitik aufbringen“, so Bildungsministerin Claudia Schmied. Wie wichtig dieser Mut zur Gleichzeitigkeit ist, zeigt sich auch daran, dass es dank eines ganzen Bündels an gleichzeitig gesetzten Bildungsreformen mehr Qualität und Chancengerechtigkeit an Österreichs Schulen gibt. Viele dieser Bildungsreformen (z.B. neue Matura, Bildungsstandards) konnten in einem „guten Klima der Zusammenarbeit“ mit dem Koalitionspartner

umgesetzt werden, freut sich Schmied. In Sachen Ausweitung der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen steht die ÖVP allerdings noch immer voll auf der Bremse – und handelt damit gegen die Interessen von Eltern und Schülern. Bekanntlich hat eine große IFES-Umfrage vor kurzem deutlich gemacht, dass Eltern und Kinder mit der Neuen Mittelschule (NMS) hoch zufrieden sind. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer appelliert daher an die ÖVP, „endlich den Fuß von der Bremse zu nehmen und einer Ausweitung der Neuen Mittelschule zuzustimmen“. Bei der AMS könne man mittlerweile „nicht mehr von einem punktuellen Schulversuch sprechen, sondern von einer Bildungsbewegung“, betont Schmied. Denn im kommenden Schuljahr wird es bereits 320 NMS-Standorte geben. Rund 35.000 Schülerinnen und Schüler werden dann von den vielen Vorteilen dieser Schule der Zukunft profitieren.

Ministerin Schmied plant nun, als nächsten Entwicklungsschritt ein ganzes Bundesland auf die Neue Mittelschule umzustellen; gedacht ist dabei an Vorarlberg

Erfolgreiches Arbeitshalbjahr 2010

Im ersten Arbeitshalbjahr 2010 wurden zentrale Gesetzesnovellen beschlossen, die mehr Qualität und Chancengerechtigkeit in unsere Klassenzimmer bringen. Zu nennen sind hier u.a.:

- » Einführung der neuen Matura an den Berufsbildenden Höheren Schulen
- » Modularisierung der Abendschule
- » Ausweitung und Verlängerung der Sprachförderkurse Deutsch
- » Mehr Durchlässigkeit der Studien an Pädagogischen Hochschulen
- » Kompetenzorientierte Schulbücher.

Von großer Bedeutung – gerade vor dem Hintergrund des Gelingens von Integration – ist die Ausweitung der Sprachförderkurse. Ministerin Schmied hat dafür gesorgt, dass die Deutschförderkurse für außerordentliche Schüler um weitere zweite Jahre verlängert, auf zwei Jahre ausgedehnt und auf die AHS-Unterstufe ausgeweitet wurden. Geschaffen werden somit faire Voraussetzungen für alle Schüler in Österreich. Mit der Verankerung der neuen Matura an den Berufsbildenden Höheren Schulen wurde, so Schmied, ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung qualitätsvolle Schule und mehr Objektivität sowie Vergleichbarkeit gemacht.

Bildungsstandards und schulische Tagesbetreuung

Viel erwartet sich Bildungsministerin Claudia Schmied auch von den Bildungsstandards, die ab 2011/12 erstmals österreichweit zum Einsatz kommen. Gemessen wird dann, was unsere Schüler tatsächlich wissen und können. „Die Bildungsstandards werden wesentlich zur Qualitätsentwicklung in der Schule beitragen“ – und sie sind auch als Rückmeldesystem und zur Entwicklung einer Feedback-Kultur wesentlich, erläuterte Schmied. Genauso wichtig ist auch die schulische Tagesbetreuung: Für die Schuljahre 2010/11 und 2011/12 konnten bereits rund 200 Schulen mit dem Qualitätsgütesiegel ausgezeichnet werden. Diese Schulen sind Best-Practice-Beispiele für qualitativ hochwertige Tagesbetreuung, die von den Eltern stark nachgefragt wird. Derzeit arbeitet eine Gruppe der Praktiker aus Stadt, Land und Bund an der Vorbereitung eines Masterplans, um das Angebot an Tagesbetreuung zu erweitern.

Große strategische Projekte im Herbst

In einer Pressekonferenz anlässlich des Schulschlusses informierte die Bildungsministerin auch über kommende Projekte. So stehen im Herbst mit der neuen Lehrerausbildung, dem neuen Lehrerdienstrecht und der neuen Schulverwaltung große strategische Projekte zur Bearbeitung an. Ministerin Schmied betonte dazu: „Ich hoffe sehr, dass wir diese großen strategischen Projekte in gemeinsamer Arbeit mit den Schulpartnern und dem Regierungspartner in konstruktivem Klima verwirklichen können.“

INTERVIEW

„Unsere Bildungsreformen werden international beachtet“

Bildungsministerin Claudia Schmied im „SPÖ Aktuell“-Interview über den ungebrochenen Erfolg der Neuen Mittelschule und das „Jahrhundertprojekt“ neues Lehrer-Dienstrecht.



Christandl

„Die Eltern stehen voll hinter der Neuen Mittelschule und der ÖVP muss bewusst sein, dass sie sich auf Dauer nicht gegen die Eltern stellen kann.“

„SPÖ Aktuell“: Frau Ministerin Schmied, wie sieht Ihr persönliches Resümee über das vergangene Schuljahr aus?

Claudia Schmied: Positiv. Wir sind eindeutig auf der Überholspur und unsere Schulen werden besser. Unsere Bildungsreformen wie etwa die neue Matura finden auch international Beachtung. Ich bin ein Stück weit stolz darauf, dass zum Vorteil der Kinder sehr viel weitergegangen ist, vom Kindergarten bis zu den Bildungsstandards.

Viele Eltern würden sich auch bei der Ausweitung der Neuen Mittelschule wünschen, dass hier etwas weitergeht.

Schmied: Im Herbst werden wir 320 Standorte haben, 35.000 Schüler profitieren. Daran sehen wir, dass das schon längst kein Schulversuch, sondern eine wahre Bildungsbewegung ist. Eines ist

klar: Die Eltern stehen voll hinter der Neuen Mittelschule und der ÖVP muss bewusst sein, dass sie sich auf Dauer nicht gegen die Eltern stellen kann. Daher mein Appell an die ÖVP: Ändern wir das Gesetz und machen wir den Weg für die Ausweitung frei. Das Ziel ist die gemeinsame Schule für alle 10- bis 14-Jährigen.

Andere Frage: Wie sieht es mit dem neuen Lehrer-Dienstrecht aus?

Schmied: Das neue Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrerinnen und Lehrer ist ein Jahrhundertprojekt und in Vorbereitung. Die letzte substanzielle Änderung hat es hier vor bald fünfzig Jahren gegeben. Wir arbeiten derzeit intensiv auch gemeinsam mit der Lehrer-Gewerkschaft. 2011 starten dann gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt und dem Finanzministerium die konkreten Verhandlungen.

ARBEITSMARKT

Arbeitslosigkeit sinkt!

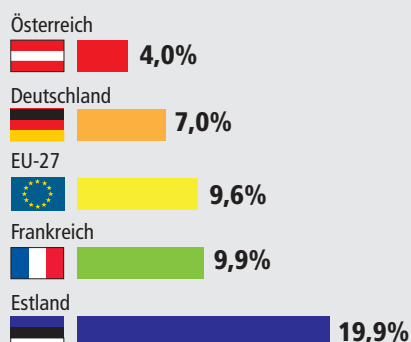
Erstmals seit Beginn der Krise ist die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern und Altersgruppen gesunken. Das zeigt, wie wirksam die Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung unter Werner Faymann sind.



Dank der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern und Altersgruppen rückläufig und Österreich hat EU-weit die geringste Arbeitslosenquote. „Dieser Rückgang ist sehr erfreulich und zeigt, dass die Maßnahmen der Regierung greifen“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer bei der Präsentation der Arbeitsmarktdaten für den Monat Juni. Die aktuellen Statistiken zeigen auch, dass die Zahl der freien Stellen kräftig ansteigt. Besonders hob Hundstorfer hervor, dass die Arbeitslosigkeit auch bei Langzeitarbeitslosen in der Altersgruppe 50+ rückläufig ist. „Dies ist vor allem den zahlreichen Programmen des AMS wie der ‚Aktion 4000‘ zu verdanken“, so der Arbeitsminister.

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit hat weiterhin Vorrang – auch wenn die EU-weit geringste Arbeitslosenquote und das Ansteigen der Beschäftigung erfreulich sind.

Österreich hat EU-weit die geringste Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT | Grafik: SPÖ

Nach EUROSTAT-Berechnung lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 4 Prozent. Zudem ist mit einem Minus von 0,9 Prozent der Rückgang in Österreich am höchsten ausgefallen.

„Wir werden alles daran setzen, dass dieser erfolgreiche Weg für mehr Beschäftigung fortgesetzt wird. Mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslose sind zudem der beste Beitrag zur erforderlichen Budgetkonsolidierung.“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit um 7,3 Prozent zurückgegangen und die Zahl der Beschäftigten ist um 32.000 angestiegen – das ist der vierstärkste Beschäftigungsanstieg des letzten Jahrzehnts. Erstmals seit Beginn der Krise ist die Zahl der Arbeitslosen inklusive Schulungsteilnehmer im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Positive Bilanz für das erste Halbjahr 2010

Die Bilanz des ersten Halbjahres 2010 kann sich sehen lassen: 354.110 Personen haben mit Unterstützung des Arbeitsmarktservice eine Arbeit aufgenommen und 152.558 Personen ein Kursangebot genutzt. Die wirkungsvolle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der SPÖ-geführten Regierung trägt auch zur Budgetkonsolidierung bei, da weniger Arbeitslose auch weniger Sozialausgaben bedeuten und mehr Beschäftigung zu höheren Einnahmen führt. Arbeitsminister Hundstorfer rechnet aufgrund der positiven Arbeitsmarktentwicklung 2010 mit einem um 250 bis 300 Millionen Euro geringeren Defizit im Arbeitsmarktbudget.

Beschäftigung steigt!

Jugendarbeitslosigkeit um 10,1 Prozent zurückgegangen

„Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosigkeit um 10,1 Prozent zurückgegangen ist“, betonte Hundstorfer.

Im ersten Halbjahr 2010 haben bereits 73.754 Jugendliche nach Arbeitslosigkeit wieder eine Beschäftigung aufgenommen und 42.089 Personen unter 25 Jahren ein Kursangebot des AMS genutzt.

Bundeskanzler Werner Faymann hob die Wichtigkeit der Arbeit des AMS hervor: „Die Kurse und Qualifizierungsmaßnahmen, die Jugendliche besuchen, tragen nachweislich dazu bei, dass sie einen Arbeitsplatz finden.“

Im europäischen Vergleich liegt die Jugendarbeitslosenquote in Österreich mit 9,5 Prozent nach den Niederlanden und Deutschland an dritter Stelle innerhalb der EU – der EU-Durchschnitt beträgt 20,5 Prozent.

EU-weit geringste Arbeitslosenquote

Österreich hatte im Mai EU-weit die geringste Arbeitslosenzahl und auch den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das geht aus den aktuellen Zahlen von EUROSTAT hervor. „Für mich ist dies der Beweis, dass die österreichische Bundesregierung mit einem Mix aus Konjunktur-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogrammen den richtigen Weg gegangen ist und den Kampf gegen die Krise in Europa am besten geführt hat. Wir werden alles daran setzen, dass dieser erfolgreiche Weg für mehr Beschäftigung fortgesetzt wird“, so Hundstorfer. Der Arbeitsminister betonte, dass es bei aller Freude über die momentan positive Entwicklung fatal und falsch wäre, zu behaupten, dass die Krise überwunden sei: „Die aktuelle Zwischenetappe ist sehr gut, aber sie veranlasst uns nicht zum Ausrasten, sondern zum Weiterarbeiten. Wir werden die bewährten Programme, speziell für Jugendliche, optimieren und weiterführen und innovative Wege beschreiten.“

INTERVIEW

„Der Jugend Perspektiven geben“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über „aktive Arbeitsmarktpolitik mit sozialdemokratischer Handschrift“ und den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit.



SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits sieht es als Aufgabe der Politik, Jugendlichen Jobmöglichkeiten zu eröffnen.

SPÖ Aktuell: Laut EUROSTAT hat Österreich die EU-weit niedrigste Arbeitslosenquote. Worauf ist diese erfreuliche Entwicklung Ihrer Meinung nach zurückzuführen?

Renate Csörgits: Die SPÖ-geführte Regierung hat rasch und richtig auf die Wirtschaftskrise reagiert. Dank zweier Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete und einem Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik konnte Österreich die Auswirkungen der Krise geringer halten als andere europäische Staaten. Dass wir mittlerweile die niedrigste Arbeitslosenquote haben, ist eine außergewöhnliche Leistung und ein Beweis dafür, dass aktive Arbeitsmarktpolitik mit sozialdemokratischer Handschrift zur richtigen Zeit die richtigen Antworten liefert.

Spöla

„Dank zweier Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete und einem Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik konnte Österreich die Auswirkungen der Krise geringer halten als andere europäische Staaten.“

Betrachtet man die aktuellen Statistiken, so fällt auf, dass die Arbeitslosenzahlen besonders bei den Jugendlichen stark zurückgegangen sind.

Csörgits: Der überdurchschnittliche Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen ist besonders zu begrüßen. Für junge Menschen ist Arbeitslosigkeit eine schwere Belastung und kann zu Perspektivenlosigkeit und Resignation führen. Jugendliche brauchen Perspektiven und die Chance auf ein erfülltes, selbständiges Leben mit einem Einkommen zum Auskommen. Es ist die Aufgabe der Politik, jungen Menschen dies zu ermöglichen. Die SPÖ-geführte Regierung mit Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer hat daher zahlreiche Projekte und Programme wie die Ausbildungsgarantie, die „Aktion Zukunft Jugend“ oder die „Aktion 6000“ gestartet, um Jugendlichen eine Ausbildung und Jobmöglichkeiten zu eröffnen. Um den österreichischen Sozialstaat, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu erhalten, muss das Potential von Österreichs Jugend optimal genutzt und gefördert werden. ♦

KONSUMENTENSCHUTZ

Kampf dem Telefonbetrug und der Internetabzocke

Telefonkeiler treiben ahnungslose Konsumenten in die Kostenfalle und die zuständige Justizministerin hat lange tatenlos dabei zugeesehen. Die SPÖ fordert daher klare gesetzliche Regelungen und startet eine Infokampagne.

„Über den von der Justizministerin versandten Gesetzesentwurf schütteln Experten nur den Kopf.“

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim

Unerbetene Werbeanrufe sind nicht nur ärgerlich und störend, sie können sich auch zu einer Kosten- und Schuldenfalle entwickeln. Diese schmerzliche Erfahrung müssen vor allem junge Semester und Pensionistinnen und Pensionisten besonders häufig machen. Sie sind die bevorzugte Zielgruppe für diese dubiose Art von „Geschäften“. 75.000 Betroffene haben im vergangenen Jahr bei der Konsumentenberatung der Arbeiterkammer (AK) Hilfe gesucht. Die Masche ist immer dieselbe: Bei einem unerbetenen Werbeanruf („Cold Calling“) wird ahnungslosen Konsumentinnen und Konsumenten von Telefonkeilern mittels geschickter Gesprächstaktik ein Vertrag untergejubelt. Sind diese dann nicht bereit zu bezahlen, werden sie mit Klagsdrohungen eingeschüchtert. Gesetze, die solche Fälle klar regeln und den Konsumenten ausreichend Schutz bieten, fehlen derzeit völlig. Ein Versäumnis, für das ÖVP-Justizministerin Bandion-Ortner die Schuld trägt. An Zeit zu handeln hat es nicht gemangelt: Seit gut einem Jahr kritisiert die SPÖ diese untragbaren Zustände, so SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. Für ihn steht fest,



Fotolia

Internetabzocke und Telefonbetrug treiben immer mehr ahnungslose Konsumenten in die Kosten- und Schuldenfalle. Die SPÖ macht sich daher für einen rechtlichen Schutzschirm stark.

dass es rechtliche Regelungen braucht, die dem derzeitigen EU-Standard entsprechen. Den von der Justizministerin ausgesendeten und mit der SPÖ nicht akkordierten Gesetzesentwurf bezeichnet SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier als „Softlösung“.

Rechtlichen Schutzschirm spannen

„Über den versandten Entwurf schütteln Experten nur den Kopf“, stößt Jarolim ins selbe Horn. Er fordert unter anderem die absolute Nichtigkeit von Verträgen, welche bei aufdringlichen und vom Konsumenten nicht gewünschten „Werbeanrufen“ zustande gekommen sind. So ist es auch im Regierungsübereinkommen vereinbart. Es ist vorgesehen, dass derartige Verträge erst dann Gültigkeit erlangen, wenn sie vom Konsumenten schriftlich bestätigt werden, erläutert Konsumentenschutzsprecher Maier. Dies würde Werbeanrufe insgesamt auch wesentlich unattraktiver machen. Auch die AK und der Pensionistenverband Österreich (PVÖ) drängen diesbezüglich auf rasche Regelungen für mehr Konsumentenschutz.

Informations- und Bewusstseinskampagne

Auch der SPÖ-Wien-Jugendkandidat für den Wiener Gemeinderat, Christoph Peschek will Bandion-Ortner aus ihrem „Sommerschlaf“ wachrütteln: Gemeinsam mit Jarolim wird Peschek eine Infokampagne unter dem Titel „Kampf der Internetabzocke und dem Telefonbetrug“ starten, um Konsumenten aufzuklären, zu sensibilisieren und Betroffene mit den zuständigen Stellen wie dem Internet-Ombudsmann und der AK zu vernetzen. Augenmerk soll bei der Kampagne auch auf zwielichtige Internet-Angebote gelegt werden, von denen am häufigsten Jugendliche betroffen sind. Auch hier breites Schweigen von Seiten der ÖVP: Die zuständige Staatssekretärin Marek hat sich diesbezüglich noch nicht zu Wort gemeldet. Anscheinend hat sie alle Hände voll zu tun mit dem Wien-Wahlkampf und ihren geringen Bekanntheitswerten. „Wir stehen klar auf der Seite der betroffenen“, unterstreicht Peschek. Der Startschuss zur Kampagne erfolgt Ende Juli. ♦



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim und Christoph Peschek, Regionaljugendsekretär der GPA, starten eine Infokampagne für mehr Konsumentenschutz.

SPÖ-Klub

POLITISCHES BUCH

Kreisky-Preis an Erhard Stackl

Zwei äußerst lesenswerte Bücher wurden vor kurzem mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2009 gewürdigt: Erhard Stackls „1989. Sturz der Diktaturen“ und Elisabeth Röhrlichs Werk „Kreiskys Außenpolitik“.

Übergeben wurden die Preise im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung von SPÖ-Bildung, SPÖ-Parlamentsklub und Renner-Institut, von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Altkanzler, Renner-Instituts-Präsident und Jury-Mitglied Alfred Gusenbauer, EU-Abgeordnetem und Juryvorsitzendem Hannes Swoboda sowie Wiens Vizebürgermeister Michael Ludwig. Der mit 7.000 Euro dotierte Hauptpreis ging an Erhard Stackl, der sich in seinem Buch „1989. Sturz der Diktaturen“ u.a. dem politischen Umbruch im ehemaligen Ostblock widmet. Prammer betonte, dass es solche Bücher brauche, um das „Interesse der Menschen für politisches Geschehen zu wecken“. Alfred Gusenbauer hob hervor, dass Erhard Stackl



Erhard Stackl (4 v. l.) erhielt aus den Händen von Alfred Gusenbauer den Hauptpreis des Kreisky-Preises für das politische Buch 2009.

die Fähigkeit zur scharfen Analyse und zur teilnehmenden Berichterstattung auszeichne. Swoboda unterstrich in seiner Laudatio, dass Stackls Buch in erster Linie

Spola nicht den Zweck verfolge, historische Ereignisse nachzulesen, sondern Lehren aus ihnen zu ziehen. Mit Blick auf Elisabeth Röhrlichs Buch „Kreiskys Außenpolitik“, das den mit 2.500 Euro dotierten Anerkennungspreis erhielt, unterstrich Swoboda, dass den Lesern bei der Lektüre klar werde, wie weit Kreisky in seinem politischen Denken seiner Zeit voraus war. ♦

BUCHTIPP

Erhard Stackl: **1989. Sturz der Diktaturen.** Czernin-Verlag, Wien 2009; 304 Seiten.

Elisabeth Röhrlich: **Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm.**

V&R unipress - Vienna University Press
Göttingen 2009, 437 Seiten.

MUSEEN

Lust auf Kultur: 31 neue Vermittlungsprogramme

Allein in diesem Jahr investiert das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) 600.000 Euro in die Vermittlungsarbeit der Museen. 31 neue Vermittlungsprogramme werden finanziert.

Begleitend zum kulturpolitischen Meilenstein des freien Eintritts in die Bundesmuseen und die Öster-

reichische Nationalbibliothek (ÖNB) für junge Menschen bis 19 Jahre fördert das Kulturministerium 31 neue Vermittlungs-

eine virtuelle Rätselrallye entwickelt, die optimal auf den Museumsbesuch vorbereitet.



Bildungsministerin Claudia Schmid: Die Vermittlungsprogramme machen Lust auf die vielfältigen Angebote der Museen.

programme, die sich direkt an Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrenden richten. Die von den Museen und der ÖNB entwickelten Vermittlungsprojekte sind vielfältig: Workshops und Führungen werden genauso angeboten wie unterrichtsbegleitende Projektarbeit. So hat zum Beispiel das Technische Museum für sein neues Schulportal

Partnerschaft zwischen Schulen und Museen stärken

Bildungs- und Kulturministerin Claudia Schmied betonte, dass die „Vermittlungsprogramme die Partnerschaft von Schulen, Museen und der ÖNB zusätzlich stärken. Unsere Kultureinrichtungen, Theater und Museen sind wichtige Bildungsinstitutionen. Wir wollen unsere Jugendlichen mit Kunst und Kultur begeistern“. Für Ministerin Schmied ist klar, dass das Ministerium auch im nächsten Jahr Vermittlungsprogramme der Museen und der ÖNB finanzieren wird. „Das Erfolgsprojekt muss weitergehen“, so Schmied. ♦

SPÖ

Erster Erfolg im Rechtsstreit gegen Grasser

Grasser blitzt beim Handelsgericht Wien gegen SPÖ und Bundesgeschäftsführer Kräuter ab.

SPÖ



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter betrachtet die von Grasser begehrte Entgegnung mit Gelassenheit.

Das Handelsgericht Wien hat am 25. Juni Karl-Heinz Grassers Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung, wonach der SPÖ

und dem SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ab sofort verboten werden sollte, die Behauptung zu verbreiten, Grasser verlange einen parla-

mentarischen U-Ausschuss, setze aber hinter den Kulissen über alte Seilschaften alles daran, eine parlamentarische Untersuchung zu verhindern, abgewiesen. Der Beschluss ist noch nicht rechtskräftig.

Hintergrund: Grasser hatte bei einer Pressekonferenz Anfang Mai ein vertrauliches Protokoll des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses des Parlaments vorgelegt, um sich von Vorwürfen in Zusammenhang mit der Buwog-Privatisierung zu entlasten. Diese Protokolle sind aber nur für Mitglieder des Ausschusses erhältlich und deren Veröffentlichung auch verboten.

Der Besitz dieser Protokolle indiziere aus Sicht des Gerichts, dass der Kläger in einem anderen Fall tatsächlich seine politischen Verbindungen nutzte, um Vorwürfen im Zusammenhang mit seiner Amtsführung entgegenzutreten.

In der Begründung des Beschlusses heißt es weiter: „Darum sei der geäußerte Verdacht, der Kläger nutze seine Verbindungen in der ihm vorgehaltenen Weise, nachzuvollziehen und hinreichend geeignet, die beanstandete Äußerung im Rahmen der Meinungsfreiheit, insbesondere in der politischen Auseinandersetzung, zu rechtfertigen.“

Im Lichte dieser Entscheidung wird eine medienrechtliche Entgegnung ohne weitere Prozessschritte zur Kenntnis genommen. ♦

Die Rechtsanwälte KG Gheneff - Rami - Sommer begehrt im Namen ihres Mandanten Mag. Karl-Heinz Grasser von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs auf ihrer Website <http://www.spoe.at> die Veröffentlichung folgender

Gegendarstellung

Sie haben auf Ihrer Website <http://www.spoe.at> eine elektronische Version der Zeitschrift „SPÖ Aktuell“ Nr. 17 vom 7. Mai 2010 verbreitet. Darin wurde auf Seite 10 in einem Artikel mit der Überschrift „BUWOG: Grassers Untersuchungsausschuss-Vorstoß ist beliebte Finte“, darüber berichtet, dass der ehemalige Bun-

desminister für Finanzen Mag. Karl-Heinz Grasser die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in eigener Sache gefordert habe. Dazu zitieren Sie folgende Aussage eines Dritten: „Grasser ist nicht der erste Politiker in Bedrängnis, der selbst einen U-Ausschuss verlangt, hinter den Kulissen aber über alte Seilschaften alles daran setzt eine

parlamentarische Untersuchung zu verhindern. Nach meiner Einschätzung handelt es sich um eine typische Grasser-Finte [...]“

Diese Behauptung ist insofern unwahr, als Mag. Karl-Heinz Grasser weder über „Seilschaften“ noch auf sonstigem Wege versucht oder versucht hat, die besagte parlamentarische Untersuchung zu verhindern. ♦

Roman

Der Fall Neruda

Auch in seinem jüngsten Buch gelingt es dem Chilenen Roberto Ampuero das Genre des Kriminalromans mit Zeitgeschichte zu vereinigen.

Chile 1973. Der alte und kranke Schriftsteller Pablo Neruda kehrt nach Jahren als Botschafter in seine Heimat zurück. Angesichts seines nahenden Todes quält ihn eine tiefsitzende Ungewissheit...

Neruda beauftragt den Detektiv Cayetano Brulé mit Nachforschungen über eine geheimnisvolle Frau. Die Suche nach ihr führt Cayetano kurz vor dem Pinochet-Putsch 1973 durch fünf verschiedene Länder: Chile, Mexiko, Kuba, die DDR und Bo-

livien. Immer wieder scheint sie ihren Namen, ihre Identität gewechselt zu haben.

Währenddessen spitzt sich die politische Lage in Chile dramatisch zu, Salvador Allende gerät zunehmend unter Druck und ein Militärputsch wird immer wahrscheinlicher.

In seiner Heimat avancierte Cayetano Brulé rasch zur Kultfigur. Der Fall Neruda ist schon jetzt das meistgelesene Buch über Pablo Neruda. ♦

Sachbuch

Die unvollendeten Stadtbahnen

Wien war im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts beengt durch zwei Stadtmauern: Die innere folgte der heutigen Ringstraße, die äußere verlief entlang der späteren Gürtelstraße.

Diese Hindernisse standen den in der Hauptstadt endenden Bahnlinien im Wege, sodass der Stadtverkehr nur schwer Reisende aufnehmen und deren Transport bewältigen konnte. Folglich tauchten bereits 1835 erste Planungen auf, eine Bahn von der Innenstadt entlang des Wienflusses nach Baden zu führen. Große Eisenbahngesellschaften versuchten, ihre Kopfbahnhöfe untereinander zu verknüpfen und planten eine Wiener Verbindungsbahn.

Was lag näher, als der wachsenden Stadt vor allem nach dem Abbruch der beiden Stadtmauern ein Verkehrsmittel zu geben, das einer Großstadt entsprach? Doch zunächst setzte der Siegeszug der Pferdestraßenbahn ab 1865 ein und es dauerte noch mehr als 20 Jahre, bis auch Wien ein Schnellverkehrsmittel erhielt. Unzählige Planungen, Entwürfe und Projekte waren nötig, um am 12. Mai 1898 die unvollendeten Stadtbahnen zu eröffnen. ♦

Psychologie

Ich habe recht, auch wenn ich mich irre

Durch Rechthaberei machen wir uns und anderen das Leben schwer. Unnötigerweise, wie die Sozialpsychologen Carol Tavis und Elliot Aronson in ihrem Buch zeigen.

Die Größe, zu seinen eigenen Fehlern zu stehen, ist unter den Menschen offenkundig die Ausnahme. Da sind die großen Sünder in der Öffentlichkeit nicht besser als die kleinen im Büro und in der Familie.

Die bekannten Sozialpsychologen Carol Tavis und Elliot Aronson haben ein Psychogramm des Selbstbetrugs geschaffen – warum wir fragwürdige Überzeugungen, schlechte Entschei-

dungen und verletzendes Handeln rechtfertigen. Sie enthüllen die Mechanismen und die verheerenden Folgen dieser Verhaltensmuster. Sie ermutigen aber auch zur Selbsterkenntnis und zeigen Wege aus dem Teufelskreis von Irrtümern, Fehleinschätzungen und Rechthaberei.

Aus Fehlern können wir lernen – aber nur, wenn wir zugeben, dass es sich überhaupt um Fehler handelte. ♦

☐ Stk.


Roberto Ampuero:

Der Fall Neruda.Berlin Verlag, Berlin 2009;
378 S., 22,70 €
☐ Stk.


Roman Hans Gröger:

Die unvollendeten Stadtbahnen.Studienverlag, Innsbruck 2010;
180 S., 24,90 €
☐ Stk.


Carol Tavis, Elliot Aronson:

Ich habe recht, auch wenn ich mich irreRiemann Verlag, München
2010; 383 S., 18,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

JG Wien verlost Grillpartys



Unter dem Motto „Feuer und Flamme für Wien“ verlost die Junge Generation acht Grillpartys. Was braucht's dafür? Echte Wien-Leidenschaft.



SPÖ Wien

Die Gewinner bekommen die Gelegenheit, Jungpolitiker der SPÖ Wien kennen zu lernen.

Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt – das kommt nicht von ungefähr. Michael Häupl und sein Team sind Feu-

er und Flamme für Wien und arbeiten täglich daran, dass alle Wienerinnen und Wiener ihre Stadt genießen können. Darum sucht die Junge Generation in der SPÖ Wien (JG) diesen Sommer die besten Grill-Fans der Stadt, die beweisen, wie Feuer und Flamme sie für Wien sind. Mitmachen ist ganz einfach: Ein Foto einer früheren, am besten der coolsten Grillparty samt Begründung für die außergewöhnliche Wien-Leidenschaft an grillen@feuerundflamme.wien.at schicken. Unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden acht Grillpartys mit Köstlichkeiten und Erfrischungen verlost. Die Gewinnerinnen und Gewinner bekommen auch die Gelegenheit, Jungpolitiker und -politikerinnen der SPÖ Wien kennen zu lernen.

Die Gewinner werden schriftlich bzw. telefonisch verständigt. Mehr Infos zur Aktion gibt es unter www.feuerundflamme.fürwien.at. ♦



Feuer und Flamme für Wien – die Junge Generation verlost acht Grillpartys für echte Wien-Fans.

BURGENLAND

Ausblick auf zukünftige Arbeit



Für die dritte Amtsperiode haben sich Landeshauptmann Hans Niessl und sein neues Team ein ehrgeiziges Zukunftsprogramm vorgenommen, das den weiteren Aufstieg des Burgenlandes sicherstellen soll.

Mit der mit der Regierungserklärung von Landeshauptmann Hans Niessl am 9. Juli (nach Redaktionsschluss) und der Wahl der ständigen Ausschüsse nimmt der neue Burgenländische Landtag seine Arbeit auf. Die dritte Amtsperiode des Landeshauptmanns wird ganz „im Zeichen des weiteren Aufstiegs des Burgenlandes stehen“, betont der burgenländische SPÖ-Klubobmann Christian Illiedits. Im Mittelpunkt des ehrgeizigen Programms stehen eine langfristige Budgetplanung, die weitere Annäherung an das Ziel „Vollbeschäftigung“, die Jugend-Ausbildungsgarantie und die Sicherung der hohen Standards im Sozial- und Gesund-

heitswesen. „Unter schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht es darum, die Modernisierung des Burgenlandes weiter voranzutreiben. Die SPÖ ist zur nötigen Kraftanstrengung bereit“, so Illiedits.

Sicherheit bleibt großes Thema

Auch die Aufrechterhaltung des Assistenzeinsatzes ist nach wie vor ein Thema: „Auch nach den Wahlen hat das Thema Sicherheit für uns einen sehr großen Stellenwert“, betonte Landeshauptmann Niessl. „Es wird nicht still werden, sondern ich werde auch in Zukunft dafür eintreten, dass, solange keine Polizisten nachbesetzt werden, auch der Assistenzeinsatz weiter aufrecht erhalten bleibt“, machte der Landeshauptmann klar. Bereits jetzt fehlen rund 300 Polizeistellen und laut Prognosen wird der Bedarf noch steigen. Niessl wird auch nicht müde zu unterstreichen, dass das Burgenland



SPÖ Burgenland

Landeshauptmann Niessl und sein Team planen den weiteren Aufstieg des Burgenlandes.

auch als „Sicherheitsdienstleister für andere Bundesländer und Ballungsräume fungiert. Auch sie profitieren von der wertvollen Hilfestellung die das Österreichische Bundesheer im burgenländischen und niederösterreichischen Grenzraum leistet. ♦

STEIERMARK

98,6 Prozent für Voves als Spitzenkandidat



Ein starkes Zeichen der Geschlossenheit demonstrieren die 106 Delegierten beim Landesparteirat der SPÖ-Steiermark: 98,6 Prozent Zustimmung erhielt Landeshauptmann Franz Voves als Spitzenkandidat für die Landtagswahl im September.

„Den Willen in's Land tragen“ war das Motto des Parteirates und es bezieht sich nicht zuletzt auf den starken Siegeswillen von Landeshauptmann Franz Voves. „Die Steirerinnen und Steirer dürfen nach der Wahl nicht wieder von einer destruktiven ‚Streithanslpartei‘ wie der ÖVP geführt werden: Wir haben den Menschen in diesem Land in den letzten fünf Jahren gezeigt, dass unsere wunderschöne Steiermark keiner Partei gehört, sondern einzig und allein den Steirerinnen und Steirern“, machte Voves in seiner Rede beim Parteirat klar, zu

dem 850 Besucher gekommen waren: „Ein wunderbares Signal für die kommenden Wochen bis zum 26. September“, zeigte sich Landesgeschäftsführer Toni Vukan erfreut.

Positive Bilanz

Voves bilanzierte: „Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozent zurückgegangen, wir haben in der Steiermark um 5.700 Arbeitslose weniger.“ Der Landeshauptmann erinnerte an die vielen Projekte, die in den letzten Jahren im Bereich Infrastruktur, Forschung und Bildung vorangetrieben wurden. „Von den 23 Punkten im Arbeitsübereinkommen wurden bereits 21 umgesetzt“, so Voves, der auch die wichtigsten Punkte darlegte, mit denen die steirische SPÖ in den



SPÖ Steiermark

Die SPÖ Steiermark steht geschlossen hinter ihrem Spitzenkandidaten Landeshauptmann Franz Voves.

Landtagswahlkampf ziehen wird, darunter der Ausbau der „Neuen Südbahn“, Budgetkonsolidierung, Aus- und Weiterbildungsoffensiven, Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, Ski-WM in Schladming und Fortführung der „Energiestrategie 2025“.

NIEDERÖSTERREICH
Preismonitoring

Das von Konsumentenschutzlandesrat Sepp Leitner gemeinsam mit der Arbeiterkammer durchgeführte Preismonitoring zeigt: Grundnahrungsmittel werden nicht teurer.

„Wenn Grundnahrungsmittel wie Milch und Nudeln nicht teurer werden, ist das ein gutes Zeichen“, so Niederösterreichs Konsumentenschutzlandesrat LH-Stv. Sepp Leitner. Die Daten für diese Beobachtung liefert das Preismonitoring der Arbeiterkammer, das in Zusammenarbeit mit dem Land und Konsumentenschutzreferent Leitner seit zwei Jahren regelmäßig durchgeführt wird. Leitner betonte bei der Präsentation des aktuellen Preismonitorings: „Die Preise sind bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr gestiegen. Der Durchschnittspreis des Mikrowarenkorbes ist im Beobachtungszeitraum KW 21/2009 bis KW 23/2010 um 8,8 Prozent gesunken.“



SPÖ NÖ

LH-Stv. Sepp Leitner und AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler präsentierten den aktuellen Preismonitor für Niederösterreich.

SALZBURG
Mindestsicherung kommt am 1. September

Salzburg wird die Mindestsicherung mit 1. September einführen. Ein klares Bekenntnis zur Armutsbekämpfung.

Der Salzburger Landtag gibt mit dem Beschluss des Gesetzes zur Mindestsicherung ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung von Armut ab. „Wir stehen klar hinter jenen Menschen in unserem Land, die ganz besonders auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind“, erklärt Soziallandesrätin Erika Scharer. Bei der Salzburger Mindestsicherung gehen die Leistungen für Familien, Alleinerzieher und Pensionisten noch über das Bundesniveau hinaus.



SPÖ Salzburg

Soziallandesrätin Erika Scharer ist guter Dinge: Eine deutliche Besserstellung für Familien, Alleinerzieher und Pensionisten bringt die Salzburger Mindestsicherung ab 1. September 2010.



Infineon

Die Zukunft durch Innovation aktiv gestalten

Forschungs- und technologiepolitische Herausforderungen Österreichs für die nächsten 10 Jahre.



Fotolia

Die konsequente Umsetzung der Bildungsreform vom Vorschulalter bis hin zu den Universitäten ist unabdingbar.

Bildung, Forschung und Innovation sind die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Sie steigern nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit in einem Hochlohnland wie Österreich, sondern sichern den Wohlstand, ermöglichen soziale Teilhabe und unterstützen uns grundlegend bei der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimawandel, Verknappung von Energieressourcen oder neuen Formen der Mobilität. Für diese Anforderungen bedarf es innovativer Lösungen und technologiepolitisch klarer Entscheidungen. Um in den nächsten 10 Jahren zu den Innovationsführern zu zählen, ist es für Österreich von großer Bedeutung, dem Wissensdreieck Bildung, Forschung und Innovation mit einer einheitlichen Strategie zu begegnen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) bringt es auf den Punkt: trotz notwendiger Budgetkonsolidierung sollen die Mittel für Forschung, Bildung und Innovation bis 2020 intensiviert werden (Zielwert vier Prozent des BIP für F&E). Ein Stillstand der Zukunftsinvestitionen wäre laut Wifo

der Beginn eines Abwärtstrends. Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) zeigt in einer Wirkungsanalyse von Forschungsförderung in Leitbetrieben auf, dass eine Million Euro additive F&E-Förderung beeindruckende Effekte erzielen kann: z.B. ein Plus von 14,1 Millionen Euro in der Produktion, 9,5 Millionen in der Wertschöpfung, 3,1 Millionen zusätzliche Steuern und Abgaben bzw. 132 Arbeitsplätze.

Das Fördern von Innovation und die Verfügbarkeit von Expertinnen und Experten sind Prämissen für den Erfolg. Um darüber hinaus die breite Basis für Innovation in der Bevölkerung sicherzustellen, ist die konsequente Umsetzung der Bildungsreform vom Vorschulalter bis hin zu den Universitäten unabdingbar. Aus- und Weiterbildung ist wiederum wichtig, bedenkt man, dass jedes Jahr rund sechs bis sieben Prozent aller Jobs einen Bildungsgrad höher wandern und wir daher immer höher qualifizierte Fachkräfte brauchen. Den Anteil an Hochschulabsolventinnen und -absolventen technischer Studienrichtungen zu steigern, ist ebenso ein wichtiger Handlungspunkt.

„Dem Mangel an Expertinnen und Experten, die wir für zukünftige Innovationen brauchen, ist nur dann Einhalt zu gebieten, wenn wir uns dafür engagieren, Frauen für technische Berufe zu gewinnen und Frauen Führungsverantwortung übertragen.“

Das gute Bildungswesen in Österreich war eine wichtige Voraussetzung für die heutige Lebens- und Standortqualität. Die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im 21. Jahrhundert erfordern eine umfassende Neugestaltung. Das Beherrschen von Sprachen, die Förderung von Talenten, der hohe Stellenwert von Naturwissenschaften und Technik oder eine gezielte, individuelle Berufsorientierung für junge Menschen zählen zu den Schwerpunkten, die finanzierbar sind, wenn wir uns von der Überverwaltung im Bildungsbereich verabschieden. Dem Mangel an Expertinnen und Experten, die wir für zukünftige Innovationen brauchen, ist nur dann Einhalt zu gebieten, wenn wir uns dafür engagieren, Frauen für technische Berufe zu gewinnen und Frauen Führungsverantwortung zu übertragen. Dies führt zu besseren Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt und wir gewinnen das weibliche Potential für drängende Zukunftsfragen.

Zudem muss Österreich seine Migrationspolitik aktiv gestalten und vehement an der Attraktivität des Standorts arbeiten, um internationale Spezialistinnen und Spezialisten zu gewinnen. Unser Land bietet die Möglichkeit, die Zukunft durch Innovation aktiv zu gestalten – wir müssen diesen Auftrag mutig annehmen. ♦

Mag. Monika Kircher-Kohl ist seit Juni 2007 CEO der Infineon Technologies Austria AG.

LESERBRIEFE

Rückläufige Arbeitslosenzahlen, die Mindestsicherung, die Neue Mittelschule und die Gleichstellung der Frauen am Arbeitsmarkt bewegten die Gemüter unserer Leserinnen und Leser in den letzten Wochen besonders. Einige der zahlreichen Reaktionen, die die Redaktion erreichten, finden sich – teilweise gekürzt – hier wieder.

An die SPÖ,

die neuesten Nachrichten zu den Arbeitslosenzahlen in Österreich sind wirklich einmal etwas Erfreuliches. Ich bin überzeugt, dass unser Herr Sozialminister wesentlich mitgeholfen hat, dass wir endlich wieder einmal, erstmals seit Beginn der Krise, österreichweit und sogar in allen Altersgruppen rückläufige Arbeitslosigkeit haben. Ich möchte gar nicht wissen, wo wir heute mit einer Sozialpolitik stünden, die keine sozialdemokratische Handschrift trägt – sicherlich nicht so gut wie heute! Ich möchte mich auf diesem Wege dafür bedanken und sagen: SPÖ, bleib dran, auf dass Monat für Monat mehr Menschen Arbeit finden und die Krise endlich der Vergangenheit angehört!

Anton Huber, Wien

Sehr geehrter Herr Minister Hundstorfer!

Jetzt wird endlich die Mindestsicherung umgesetzt. Ich bin froh, dass Sie sich so vehement dafür eingesetzt haben, bis die ÖVP endlich aufgehört hat, zu blockieren! Ich habe gelesen, dass die Arbeitsuchenden besser betreut werden und dass die Min-



BMASK

Sozialminister
Rudolf
Hundstorfer

destsicherung in allen Bundesländern einheitlich vergeben wird. Das trägt schon viel dazu bei, dass alles gerecht abläuft und dass die Menschen aktiv wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden! Ich finde es auch viel besser, dass Bezieher der Mindestsicherung eine E-Card bekommen und damit wie jeder andere in der Arztpraxis dastehen. Ich hoffe, dass die Umsetzung ab jetzt reibungslos funktioniert.

Maria Zehetner, Wiener Neustadt

An die Redaktion des „SPÖ Aktuell“,

ich bin Vater eines zehnjährigen Sohnes und kann den guten Umfrageergebnissen zur Neuen Mittelschule, von denen sie in der letzten Ausgabe berichteten, nur beipflichten. Mein Sohn ist ein guter Schüler, nur mit der Mathematik hat er seine liebe Mühe. Die Lehrer strengen sich wirklich an, die Schüler

individuell zu fördern – meinem Sohn beim Rechnen, anderen Schülern bei den Sprachen. Und so können alle gut dem Unterricht folgen und die Grundstimmung ist wirklich positiv, weil alle zusammenhalten.

Franz Müller, Kufstein

Liebes „SPÖ Aktuell“-Team,

danke, dass ihr brisanten Themen immer wieder eine Plattform gebt. Besonders der Artikel über den Nationalen Aktionsplan für mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt hat mich angesprochen – endlich wird das Thema gut koordiniert auf höchster Ebene angegangen. Wir dürfen nicht aufhören, dieses Thema immer wieder und wieder aufs politische Tapet zu bringen – bis endlich jede Frau bei gleichwertiger Qualifikation und Position gleich viel verdient wie ein Mann. Wichtig ist, auch entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Frauen überhaupt ein Berufsleben zu ermöglichen – Stichwort Kinderbetreuung und Väterkarenz.

Brigitte Dachner, Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.spoe.at

www.spoe.at – „gefällt mir“

Facebook, Twitter & Co. sind derzeit in aller Munde. Als erste Partei in Österreich setzt die SPÖ gezielt auf die sogenannten „Social Plugins“ von Facebook zur Anbindung der eigenen Homepage an das „Mitmach-Netz“ und leistet damit politische Pionierarbeit im „Web2.0“. Damit können die Artikel jetzt noch einfacher via Facebook mit Freunden geteilt und verbreitet werden. Apropos Facebook: Auf der SPÖ-Fanseite

www.facebook.com/sozialdemokratie läuft, passend zum Start der Sommerferien, ein Gewinnspiel unter dem Motto „Urlaubszeit ist Lesezeit“. Zu gewinnen gibt es vielerlei interessante Lektüre aus den verschiedensten Themenbereichen. Vom Roman bis zum Sachbuch ist für alle etwas dabei.

Einloggen, Mitmachen und Gewinnen – Die Web-Redaktion wünscht viel Glück! ♦





Bunte Parade

Die Regenbogenparade, bei der gegen die Diskriminierung von Homosexuellen demonstriert wird, fand heuer bereits zum 15. Mal statt. Politisch unterstützt wurden die 100.000 Teilnehmer unter anderem von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Wiens Stadträtin Sandra Frauenberger.



Breites Spektrum

Jugend für die Forschung zu interessieren, ist zentral für den Wirtschaftsstandort. Aus diesem Grund wollen Infrastrukturministerin Doris Bures und die Gattin von Bundespräsidenten Heinz Fischer, Margit Fischer Forschung und Technik erleben und begreifbar machen, um Hemmschwellen abzubauen.

Betriebsrätlicher Besuch

Betriebsräte aus Wien-Liesing besuchten vor kurzem das Bundeskanzleramt und führten mit Bundeskanzler Werner Faymann konstruktive Gespräche.



Brandner Kaspar

Kürzlich besuchte Kulturministerin Claudia Schmied zusammen mit der burgenländischen Landesrätin Verena Dunst das Sommertheater in Güssing. Regisseur Fran Hoffmann arbeitet bei „Der Brandner Kaspar und das ewig Leben“ erfolgreich mit Laienschauspielern zusammen.